

Bürger ohne Rechte?

Stromtrassengeegner in Schnaittach protestieren

SCHNAITTACH — Das Thema „Netzausbau“ schien in letzter Zeit vom Tisch zu sein. Doch die Planungen laufen weiter: Bis 2025 sollen die Stromautobahnen vom Norden in den Süden der Republik fertiggestellt sein.

Gegen diesen Leitungsausbau wehren sich bundesweit Bürgerinitiativen, so auch in Schnaittach. Gut 20 Trassengeegner versammelten sich jetzt beim Strommast am westlichen Ortsende, um mit zweifarbigem Protestkreuzen symbolisch den Netzausbau zu durchkreuzen.

Die Netzausbaugeegner vertreten die Auffassung, dass der Leitungsausbau nicht notwendig ist und stützen sich auf zwei namhafte Wissenschaftler. Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und Anna und Lorenz Jarass von der Universität Regensburg kritisieren unter anderem, dass die Entwicklungsplanung die angestrebte deutliche Reduzierung des Energiebedarfes unzureichend berücksichtigt, die Energie-

wende behindert und die Kosten viel zu niedrig ansetzt. Dennoch werde der Ausbau des Netzes mindestens 25 Milliarden Euro kosten. Wie sich das auf den Strompreis auswirkt, könne man sich leicht ausmalen. Dabei ist laut den Professoren sehr wahrscheinlich, dass der Netzausbau weniger für den Energietransport, sondern vielmehr für den Stromexport genutzt wird. Eine 2017 beschlossene Gesetzesänderung Sorge zudem dafür, dass Bürgerbeteiligungen entfallen und Grundstückseigentümer leichter enteignet werden können.

Außerdem drohe die Gefahr, dass kleinere Ortschaften trotz (sowie so nur freiwilliger) Abstandsregelungen überspannt werden, so der Bundesverband Bürgerinitiativen gegen Südlink, von Einflüssen auf die Gesundheit und Umweltverschmutzung gar nicht zu sprechen. Außerdem, so die Sprecherin der Schnaittacher Protestaktion, Petra Kraus, lässt der von Minister Altmaier zugesagte Dialog auf sich warten.

VINZENZ DORN



Protestaktion der Trassengeegner in Schnaittach.

Foto: Betzold